



Peter Strohschneider im Gespräch mit ...



Interview

„Dann hilft doch nichts als beste Analysen und die Suche nach einflussreichen Verbündeten“

Ein Gespräch mit dem Präsidenten der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), Peter Strohschneider, über aktuelle Modelle der Nachwuchsförderung, wissenschaftliche Neugier und verbitterte Verteidigungshaltungen.

INTERVIEW: CORNELIA WILD

Man hat den Eindruck, dass Nachwuchsförderung derzeit ein großes Thema ist. Fragt man Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler nach ihrer Situation, dann lautet die Antwort allerdings meist: prekär! Wie schätzen Sie die derzeitige Lage des wissenschaftlichen Nachwuchses ein? Womit hängt diese Selbstwahrnehmung zusammen?

Es gibt vermutlich eine Überlagerung zweier Prozesse, die man sich vor Augen führen sollte, wenn man sehen will, wie es zu dieser Lage gekommen ist, die tatsächlich in mancher Hinsicht ziemlich prekär ist. Der eine Prozess ist ein struktureller, der andere ein quantitativer. Der strukturelle hat damit zu tun, dass an den Hochschulen seit den 1980er und 1990er Jahren systematisch Dauerstellen in befristete Stellen umgewandelt worden sind. Dies hing unter anderem damit zusammen, dass die staatlichen Haushalte durch Personalkosten in einer Weise belastet sind, die im Diskurs von „schlankem Staat“ und new public management für die flächendeckende Befristung, vielfach auch die Teilung von Nachwuchsstellen im Wissenschaftssystem sprach. Dadurch entstand ein enormer Leistungsdruck im System, der gewiss in mancher Hinsicht wissenschaftlich produktiv geworden ist, aber ebenso gewiss mit einer Überdehnung des sozialen Risikos für den wissenschaftlichen Nachwuchs einhergeht. Dieser Leistungsdruck wird überdies dadurch verstärkt, dass die Universitäten angesichts unzureichender Grundfinanzierung immer mehr durch Konkurrenzstrukturen geprägt werden – von der „Evaluitis“ über die Besoldungsordnung bis hin zum „Dritt-mitteldruck“.

Die andere Dimension, die angesichts der strukturell schwierigen Lage des wissenschaftlichen Nachwuchses zu bedenken ist, liegt in Folgendem: Mit der Exzellenzinitiative ist das Wissenschaftssystem sprunghaft gewachsen, insgesamt über 9.000 Stellen, wenn Sie alle drei Förderlinien zusammennehmen. Das sind zum überwiegenden Teil Forschungsstellen für

Promovierende oder frühe Postdocs, und sie sind zum weit überwiegenden Teil befristet. Rein systematisch gedacht hätte man vermutlich eine schrittweise Expansion des Wissenschaftspersonals entlang der unterschiedlichen Qualifizierungsstufen vorgezogen, doch übersähe ein solcher Vorschlag die Zwänge, unter denen Wissenschaftspolitik typischerweise stattfindet.

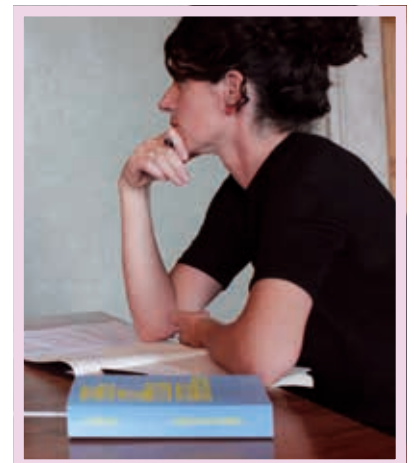
Meine Hypothese ist nun eben, dass die gegenwärtig schwierige Lage des wissenschaftlichen Nachwuchses insbesondere mit diesen beiden Prozessen zusammenhängt, der rapiden Expansion der Gesamtzahl der Stellen bei massiver Reduktion derjenigen Positionen, die unbefristet besetzt werden können.

Gemäß dem Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs aus dem Jahr 2013 weist Deutschland beim hauptberuflichen wissenschaftlichen Personal an Universitäten im internationalen Vergleich extrem wenige, nämlich insgesamt nur acht Prozent W3/C4-Professorenstellen und fünf Prozent W2/C3/C2-Stellen auf. In den USA hingegen liegt die Zahl der Full Professors bei 35 Prozent, mit Associate Professors sind es über 50 Prozent.

Wir haben eine ziemlich ungewöhnliche Struktur, die nicht zuletzt mit dem Lehrstuhlprinzip zusammenhängt, also mit einer Verknüpfung von Professur und Mitarbeitern, die es in dieser Form in Amerika kaum gibt. In den USA können Sie als Assistant Professor weit selbständiger agieren. Außerdem tun Sie dies dort in einem sehr viel größeren und sehr viel deutlicher differenzierten Wissenschaftssystem. Es gibt genügend colleges und universities, an denen ein vorangegangener Karrieremisserfolg in Harvard dann sozusagen als positives Qualifizierungsmerkmal gilt.

Könnte das amerikanische System in dieser Hinsicht ein Vorbild für das deutsche Hochschulsystem sein, oder gehört das Lehrstuhlsystem zu unserem System, und wir sollten es beibehalten?

Ich bin eigentlich ein Kritiker des Lehrstuhlsystems. Andererseits sind freilich institutionelle Abhängigkeiten nicht notwendigerweise weni-



... Cornelia Wild, Mitglied des Jungen Kollegs.

ger problematisch als personelle. Beides ist ambivalent und kann in unterschiedlicher Hinsicht produktiv wie kontraproduktiv wirken. Allerdings meine ich, dass wir es in Deutschland mit einer Spannung zu tun haben zwischen einem relativ hierarchisch strukturierten Personalsystem einerseits und Steuerungssystemen auf der anderen Seite, die, wie die Zielvorgaben, Indikatorisierungen und Metrifizierungen des *contract management*, einer ganz anderen Logik folgen.

Man könnte in diesem Zusammenhang auch fragen, was in dem Moment passiert, in dem „Doktormütter“ und „Doktorväter“ plötzlich „Mentoren“ und „Betreuer“ genannt werden, gleichzeitig aber die alten Strukturen fortbestehen. Erzeugt diese Ungleichzeitigkeit eine Form des Prekären?



Das ist, glaube ich, richtig: Verschiedene Modelle existieren nebeneinander und erzeugen auch Spannungen. In kleinen Fächern gibt es öfter noch ein Meister-Schüler-Verhältnis; auch das lässt sich übrigens, zum Beispiel durch Betreuungsvereinbarungen, fair und verbindlich gestalten. Diese Form wird jedoch zunehmend residual, vor allem, weil sie sich mit der Betriebsförmigkeit der modernen Natur- und Lebenswissenschaften schlecht verträgt. 350 Doktoranden in einem experimentalwissenschaftlichen Forschungszentrum kann man schwerlich in einem individualistischen Meis-

ter-Schüler-Verhältnis betreuen. Vieles spricht also für strukturierte Doktorandenprogramme oder Graduiertenkollegs, auch wenn sie in den historisch-hermeneutischen Wissenschaften Meister-Schüler-Verhältnisse weniger ersetzen, als ihnen einen institutionellen Rahmen geben.

Müsste man, ausgehend von dieser Beobachtung der Unterschiede zwischen Geistes- und Naturwissenschaften, nicht stärker über die jeweils spezifischen Anforderungen der Fächer nachdenken? Mein Eindruck ist, dass den Fächern momentan Kriterien übergestülpt werden. Zumindest in den Geisteswissenschaften spielen Peer Reviews oder Citation Index für die Qualifikation innerhalb des Faches so gut wie keine Rolle, für einen Drittmittelantrag auf EU-Ebene sind sie jedoch maßgeblich.

Die Geisteswissenschaften machen personell und finanziell wenig mehr als ein Zehntel des Wissenschaftssystems aus, haben aber beinahe ein Viertel der Studierenden. Man sieht, wo ein Problem liegt: in der Diskrepanz zwischen Kapazität und Nachfrage. Es ist zudem gewiss nicht falsch, davon auszugehen, dass es nicht allein große und kleine Fächer gibt, sondern auch mehr oder weniger einflussreiche. Mindestens ebenso wichtig ist allerdings, dass Natur- und Geisteswissenschaften gemeinsam in mancher Hinsicht Prinzipien der Steuerung und Rechenschaftslegung unterworfen werden, die für andere Gesellschaftsbereiche besser passen mögen als ausgerechnet für die Wissenschaften und die der Entfaltung ihres Eigensinns wenig förderlich sind. Im Übrigen sind es die eigenen, je partikularen Erfahrungswirklichkeiten, die zu den Regeln des Systems generalisiert werden. Das machen die Geisteswissenschaftler nicht anders als Naturwissenschaftler, Mediziner, Ingenieure oder Sozialwissenschaftler.

Wenn man aber in der Situation ist, zu der institutionell schwächeren Seite zu gehören und darauf Wert legt, dass die eigenen Belange von den anderen anerkannt werden – und in dieser Situation sind die historisch-hermeneutischen Wissenschaften –, dann scheint es klug zu akzeptieren, dass andere eben andere Belange haben und dass diese ebenfalls Anerkennung verdienen. Die universitätspolitische Schwäche der Geisteswissenschaften beruht meines Erachtens jedenfalls auch darauf, dass sie nicht selten mit einer Mischung aus Arroganz und Larmoyanz vertreten werden, die analytisch blind macht, weil sie alles, was in der Welt passiert, als Kränkung wahrnimmt und sich

dann verbittert in eine Verteidigungshaltung zurückzieht. Wenn die Situation aber ist, wie sie ist, dann hilft doch nichts als beste Analysen und die Suche nach einflussreichen Verbündeten.

Die Analyse machen wir gerade. Wie aber können sich die Geistes- und Naturwissenschaften verbünden?

Meine Erfahrung sagt mir, dass das Problem weniger an der Grenze zwischen Geistes- und Naturwissenschaften liegt als dort, wo sich ein gemeinsam geteilter Raum der Wissenschaft unterscheidet von den Feldern außerwissenschaftlicher Funktionsbezüge. Es gibt Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die in ihrer Forschung, ihren Positionsansprüchen und auch in ihren Ökonomien konstitutiv auf die Universität angewiesen sind, und andere, für die die Universität eine Gelegenheitsstruktur ist, derer sie sich im Hinblick auf anderes bedienen. Und diese Linie kreuzen Geistes- und Naturwissenschaften gleichermaßen. Auf der universitären Seite dieser Linie kommt alles darauf an, es wichtig und interessant zu finden, dass andere anderes interessant finden als man selbst.

Wenn es also darum geht, gemeinsame Interessen zur finden – wäre das ein Vorschlag dafür, neue, transgressive Bündnisse zu bilden und über die Fächergrenzen hinweg neue Anerkennungssysteme zu bilden, anstatt den alten Verhältnissen nachzutruern?

Ein Vorschlag ist es vielleicht nicht, aber jedenfalls bemühe ich selbst mich um Neugierde dafür, dass sich andere wissenschaftliche Neugier auf anderes richtet als meine eigene. Die intrinsische Gratifikation besteht dann nämlich darin, immer neu und in immer neuen Konstellationen jemandem zu begegnen, von dem man sagen möchte: Atemberaubend intelligent! Zum Niederknien interessant!

Wäre es eine Aufgabe für Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler, eine kritische Haltung innerhalb des Wissenschaftssystems einzunehmen?

Ich glaube, das muss es geben. In Hinblick auf die soziale Lage des so genannten akademischen Mittelbaus ist es gewiss hilfreich, wenn sich die Betroffenen hochschulpolitisch

artikulieren. Und ich wäre auch nicht pessimistisch, weil es nämlich eine Konvergenz unterschiedlicher Interessen gibt. Die Interessen der jungen Wissenschaftler konvergieren in bestimmter Hinsicht mit den Interessen der Institutionen und der Professorinnen und Professoren. Die Karriereperspektiven an den Hochschulen sind nämlich in manchen Bereichen – etwa den Biowissenschaften, der Informatik oder den Ingenieurwissenschaften – immer weniger konkurrenzfähig mit denen außerhalb der Wissenschaft. Das hemmt Entwicklungsmöglichkeiten. Programmatisch und konzeptionell ist ziemlich klar, was passieren muss: Es muss dritte Wege geben zwischen dem Aufstieg auf eine Professur und dem Ausstieg aus dem Wissenschaftssystem. An der politischen Durchsetzung einer differenzierteren Personalstruktur an den Hochschulen hapert es allerdings nach wie vor.

Der Wissenschaftsrat hat sich in seinen letzten Empfehlungen dafür ausgesprochen, deutlich mehr Tenure-Track-Professuren und Dauerstellen für den wissenschaftlichen Nachwuchs zu schaffen.

Es besteht im Grundsatz kaum Dissens darüber, dass es mehr unbefristete Stellen geben muss. In der Vergangenheit waren die meisten Stellen einmal unbefristet, dann schlug das Pendel in die Gegenrichtung aus. Wenn es jetzt wieder zurückschläge zur völligen Entfristung aller Stellen, dann würde freilich die nächste Generation des Nachwuchses vor verschlossenen Türen stehen. Es bedarf also vielmehr eines differenzierten Gefüges nichtprofessoraler Wissenschaftlerstellen, in dem unterschiedliche Stellentypen zur Verfügung stehen: kurzzeitig befristete, langfristig befristete und unbefristete Stellen, so dass Nachwuchswissenschaftler, die ihre Leistungsfähigkeit bewiesen haben, aber keinen Ruf auf eine Professur erhalten, gleichwohl eine Berufsperspektive im öffentlich finanzierten Wissenschaftssystem haben, die mehr ist als die Aneinanderreihung immer kleinerer und immer kurzfristiger Projektstellen. Und es gibt für solche unbefristeten Stellen auch die entsprechenden Funktionen: Daueraufgaben im Wissenschaftssystem brauchen dauerhaftes Personal.



Das ist sicher ein Schritt in die richtige Richtung. Aber warum sollen Professuren als Tenure Track konzipiert werden und nicht gleich als unbefristete W3-Professuren? Müsste man nicht vor allem auf der Ebene der Professuren ansetzen, um den Nachwuchswissenschaftlern eine Zukunftsperspektive zu geben?

In diesem Zusammenhang gibt es unterschiedliche Vorschläge. Die Junge Akademie hat vorgerechnet, wie man durch Umwandlung von Mitarbeiterstellen in unbefristete Professuren die Lehrkapazitäten bei Kostenneutralität und Steigerung von Karrieresicherheit für die Individuen deutlich erhöhen könnte. Bei diesen Professuren handelte es sich dann freilich nicht um Lehrstühle mit Folgepersonal. Der Vorschlag reagiert auch auf das Problem, dass die Studierendenzahlen viel stärker wachsen als die Personalzah-

lung. Damit geht ein Funktionswandel der Drittmittel einher. Sie sind zu einer „sekundären Währung“ in der Wissenschaft geworden, anhand derer längst auch über Gehälter in der W-Besoldung, über Strukturentwicklungen oder über akademische Durchsetzungsmacht entschieden wird.

In Stellenausschreibungen werden ja mittlerweile eingeworbene Drittmittel neben den üblichen Qualifikationen erwartet.

Eben. Die bedenklichste Seite dieses Funktionswandels besteht in „Anreizen“ jener Art, dass etwa bei einem befristeten W2-Vertrag eine Leistungszulage dafür vereinbart wird, dass der Stelleninhaber einen Antrag für ein Verbundprojekt stellt. Als wenn Antragstellung und Forschungsleistung schon das Gleiche wären!

Die Obszönität des Systems besteht darin, dass man aus ihm nicht herauskommt. Gibt es hierbei einen Unterschied zwischen Geistes- und Naturwissenschaften?

Die Dysfunktionen, die sich aus all diesen „Indikatorisierungen“ in der Wissenschaft ergeben, sind in den Natur- und Geisteswissenschaften vergleichbar. Es hilft aber wenig, dieses Problem zu moralisieren. Denn es gibt ja Gründe für solche Indikatorisierungen. Sie sind nicht zuletzt eine bedenkliche Lösung für Entscheidungsprobleme, bei denen man sich nicht anders zu helfen weiß. Es müssen im Wissenschaftssystem, das immer größer und intern immer differenzierter wird, auf den höheren institutionellen Aggregationsebenen, in Rektoraten, Ministerien oder Förderorganisationen strukturelle und finanzielle Entscheidungen getroffen werden, die darauf beruhen, dass man Unvergleichbares vergleicht: Man muss sich zwischen der Kürzung einer ägyptologischen und einer zoologischen Stelle entscheiden oder zwischen der Förderung von Projekten aus dem Zivilprozessrecht und aus der Astronomie. Die Alte Universität hatte solche Fragen vielfach über soziale Selektion entschieden, indem die „Mandarine“ miteinander den Ausgleich suchten. Das geht aus vielerlei Gründen heute nicht mehr. Wenn es aber stimmt, dass Indikatorisierung eine Lösung für Entscheidungsprobleme im Wissenschaftssystem ist und dass sie zugleich epistemologisch riskant ist, dann muss man sich fragen: Wie müssten solche Entscheidungssysteme eigentlich organisiert werden, damit das Gewicht simpler sekundärer Indikatoren wenigstens nicht weiterwächst, besser noch: damit es schrittweise wieder zurückgeht?



len im Wissenschaftssystem. Aber man muss sich ja überhaupt fragen: Gibt es Grenzen des Wachstums des Wissenschaftssystems? Ist der Trend zur Akademisierung wirklich unumkehrbar?

Müsste die DFG darauf reagieren?

Die DFG ist eine Stelle, an der sich viele Spannungslinien des Wissenschaftssystems kreuzen. Am meisten berührt die DFG selbst dabei der sich verschärfende Drittmittelwettbewerb. Drittmittel sind bei struktureller Unterfinanzierung der Universitäten in wachsendem Maß nicht mehr Ergänzungsfinanzierung, sondern substituieren unzureichende Grundfinanzie-

Wer trifft die Entscheidungen, wenn die soziale Selektion wegfällt?

Selbstverständlich spielen in den Institutionen nach wie vor Personen eine zentrale Rolle. Aber die Ansprüche an ihre Entscheidungsbegründungen haben sich verändert. Wissenschaft, so meine ich, ist nicht zuletzt durch Basisprozesse der Expansion, der fortschreitenden Differenzierung und Spezialisierung, der Akzeleration vieler Vorgänge und auch durch Veralltäglichere Charakterisierung. Heroische Modelle von Wissenschaft – nach dem Motto: „Ich arbeite jede Nacht durch“ – und angestelltenhafte existieren dabei nebeneinander. Mit dem Hazard des Privatdozenten, den Max Weber in „Wissenschaft als Beruf“ beschrieb und der heute Karriereunsicherheit heißt, war immerhin die Hoffnung auf eine sozial weit herausgehobene Position verbunden. Die wäre heute allenfalls in seltenen Ausnahmefällen noch realistisch.

Was ist der Status des Jungen Kollegs der Bayerischen Akademie der Wissenschaften innerhalb dieser Prozesse?

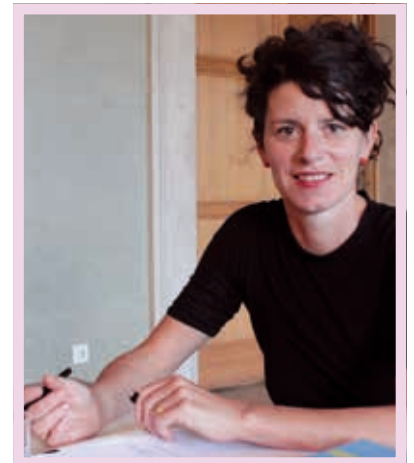
Das Junge Kolleg sucht eine Form, Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler in die Bayerische Akademie der Wissenschaften zu integrieren in einer Situation, da die Akademie öffentlich ein gewisses strukturelles Legitimationsproblem hat. Wie andere Länderakademien auch verbindet sie ja die Funktionen einer Forschungseinrichtung und einer Gelehrtensozietät und beteiligt sich daneben am öffentlichen Diskurs über Wissenschaft. Nun kann man sich fragen: Was ist überhaupt ein Gelehrter oder eine Gelehrte in unserer Wissenschaftsgesellschaft? Was ist das für eine Sozialform und wie ist sie mit den heutigen Produktionsmodalitäten von wissenschaftlichem Wissen verknüpft? Und wie lässt sich der Aufbau der Gelehrtensozietät oder der geringe Anteil weiblicher Akademiemitglieder rechtfertigen? Und damit kommt man zu ziemlich intrikaten Problemlagen. Das Junge Kolleg der Bayerischen Akademie ist eine intelligente institutionelle Antwort auf solche Fragen. Es setzt, wie die Akademie überhaupt, auf das forschende Individuum. Und das liegt übrigens auch im derzeitigen Trend des forschungspolitischen Diskurses, in dem vielfach die Förderung von *people not projects* gefordert wird.

Was würden Sie dem wissenschaftlichen Nachwuchs an die Hand geben?

Ich würde gerne etwas zu bedenken geben, nämlich die These, dass die Identifizierbarkeit moderner Wissenschaft, ihre vielfältige Leistungsfähigkeit für die Gesellschaft und die Möglichkeit, im Wissenschaftssystem überhaupt Entscheidungen treffen zu können – dass all dies eine Voraussetzung hat, die ich gerne mit einem zunächst durchaus altbacken klingenden Ausdruck „wissenschaftliche Bildung“ nennen möchte. Damit meine ich nicht einen bestimmten Wissenskanon, sondern die Fähigkeit zur Selbstdistanz. Und zwar in dreierlei Hinsicht. Erstens hinsichtlich der eigenen wissenschaftlichen Spezialisierungen. Spezialisierung ist ein Modus der Erkenntnisproduktion, man muss sie also vorantreiben. Aber dies doch unter Anerkennung des Sachverhalts, dass andere andere Spezialisierungen verfolgen als man selbst und dass es auf jene für die Wissenschaft insgesamt keineswegs weniger ankommt als auf die eigenen Spezialisierungen. Sodann bedarf es solcher Selbstdistanz hinsichtlich der affektiven Seite von Forschung: Von dem Wissen, das ich mit aller Erkenntnisleidenschaft gewonnen habe, muss ich im Sinne methodischer Skepsis, ohne die es keine moderne Wissenschaft geben kann, immer wieder auch Abstand nehmen können. Diese Spannung von Leidenschaft und Skepsis wäre ein zweiter Aspekt wissenschaftlicher Bildung. Und drittens: Distanzfähigkeit gegenüber der Wissenschaft als solcher, nämlich die Fähigkeit zu reflektieren, dass moderne Wissenschaft sagen kann, was der Fall sei, dass sie aber nicht allgemeinverbindlich sagen kann, was der Fall sein sollte, dass es also auch anderes Wissen, andere Werte, andere Normen in der Welt gibt als die ihrigen. Für unsere Orientierung in der Welt ist wissenschaftliches Wissen sehr notwendig, aber kaum allein schon hinreichend. ■

INTERVIEW

PD Dr. Cornelia Wild ist wissenschaftliche Oberassistentin am Institut für Romanische Philologie der LMU München und seit 2010 Mitglied im Jungen Kolleg der Bayerischen Akademie der Wissenschaften. Das Interview fand am 14. Oktober 2014 in den Räumen der Akademie statt.



Gesprächspartner

Prof. Dr. Peter Strohschneider ist o. Professor für Germanistische Mediävistik an der LMU München. Seine Forschungsschwerpunkte sind Erzählliteratur und Lieddichtung des Mittelalters und der Frühen Neuzeit, Theorie des modernen Textes sowie Methodenprobleme der mediävistischen Literatur- und Kulturwissenschaft. Er ist Mitglied der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und seit 2013 Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG).